

Folgen sich noch Jahrzehnte lang der Arbeiterbewegung Amerikas mitteilen sollten, fiel der Vorhang. . . Unten auf der Straße irrt Lucy Parsons, die unbeugsame Michel der Anarchisten, umher und agitierte die Massen, während ihr Gatte den letzten Atemzug tat. Man verhaftete sie. . .

Das Abschiedswort, das Spies an uns richtete, war: Ich sterbe unschuldig. Und ich hätte doch so gerne noch gelebt, denn ich hätte noch viel auf Erden zu tun. . . Wir drückten ihm schweigend die Hand. wir glaubten es ihm."

F. L. S.

Aus dem Abendblatt der „Neu Yorker Staatszeitung“ vom 13. Nov. 1912.

John Peter Altgelt.

Wenn wir unserer Märtyrer gedenken, dürfen wir auch dieses Mannes nicht vergessen. Zum Gouverneur von Illionis erwählt, untersuchte er mit eiserner Gewissenhaftigkeit die Prozesakten. Als er erkannte, welche Ungerechtigkeit begangen worden war, ließ er die Überlebenden Schwab, Fielden und Neebe aus dem Zuchhaus heraus. (26. 6. 93.) Mit schonungsloser Offenheit brandmarkte er die Justizkomödie. Hören wir, was derselbe Augenzeuge in der „N. Y. Staatszeitung“ darüber sagt:

„Ich selber, der ihm näher stand, befand mich in dem Arbeitskabinett des Gouverneurs in Springfield, Ill., als er dem Kreis von demokratischen Politikern und Zeitungsleuten offenbarte, er werde die drei Anarchisten begnadigen, aber auch seine Gründe angeben. Alles stürmte auf ihn ein, das letztere wenigstens nicht zu tun. Er ruinierte damit seine Laufbahn. . .

Ich weiß das, erwiederte er kalt. Aber wenn ich weiter nichts getan hätte, als diesen Justizmord bloßgestellt, so habe ich nicht umsonst als Gouverneur gelebt.

Er tat's, und wurde auf dem Scheiterhaufen der öffentlichen Meinung verbrannt. Und als er starb, da riefen ihm selbst seine Feinde nach, daß er der ehrlichsten einer gewesen sei, einer der wenigen in Amerika, die für eine Überzeugung eine politische Karriere opfern konnten.“

Demokratie und Freiheit.

Die Grundlage der Demokratie ist der sozialistische Gedanke, daß die Gemeinsamkeit, das Volksganze, dem Einzelmenschen vorangeht. Die Umsetzung dieses Gedankens in die Wirklichkeit, die Verkörperung sozialistischer Auffassung ist die demokratische Organisation der Menschen, der demokratische Staat oder Volksstaat.

Soll die Gemeinsamkeit dem Einzelnen vorangehen, muß auch der Wille des Volksganzes bestimmend sein für den Gang der Ereignisse. Bei der Gemeinsamkeit ruht also das Bestimmungsrecht.

Doch, wie ist der Wille der Gemeinsamkeit zu finden? Diese Gemeinsamkeit ist eine angemessene, sie ist keine Person, deren Wille ohne weiteres zu erkennen ist. So bleibt nichts anderes übrig, als den Willen der meisten Einzelmenschen zu nehmen, (die Majorität) um aus diesem Mehrheitswillen den Willen der Gesamtheit entstehen zu lassen. Welche Zufälligkeiten hierbei mitspielen können, wie eine Stimme den Ausschlag geben kann (bei nur einer Stimme Majorität), wie Menschen über Verhältnisse urteilen sollen, an denen sie nicht beteiligt sind, von denen sie sehr oft nichts verstehen, aus welcher Unkenntnis heraus sie sich leicht von Demagogen in derem Sinne gebrauchen lassen, soll hier nur kurz erwähnt werden.

Dieser Mehrheitswillen müßte nun bei sogenannter „reiner Demokratie“ zu allen Fragen sprechen, also allgemeine Abstimmung

(Urabstimmung) zu allen Gesetzen. Aber ist dies in der Wirklichkeit denn möglich?

Man bedenke, Tag für Tag tauchen Fragen auf, die zur Entscheidung drängen. Bald hier bald dort sind solche Entscheidungen notwendig. Und soll nun das Volk zu allen derartigen Fragen Stellung nehmen — müßte es dauernd zum Zwecke der Urabstimmungen beisammen sein. Außerdem erforderte eine gewissenhafte Entscheidung auch eine ehrliche und gründliche Erwägung des Für und Widers — also wiederum einen großen Zeitaufwand, sodaß schließlich den Menschen zur Regelung anderer Angelegenheiten keine Zeit mehr bleibt.

(Noch unhaltbarer würde dies Verhältnis im demokratischen Sozialismus sich zeigen, wenn auch das gesamte Wirtschaftsleben durch diese Volksabstimmungen auf Grund des Mehrheitsprinzips geregelt werden soll.)

Aus diesen praktischen Gründen heraus muß also eine Körperschaft bestimmt werden, die im Namen des Volksganzes diese Beschlüsse zu fassen hat. Also, einem von der Mehrheit gewählten Parlament wird die Herrschaft im Namen des sogenannten Volksganzes übertragen. Wie es der Name sagt, vertreten die Volksvertreter das Volk bei der Gestaltung des Staatslebens.

Doch, soll das Parlament gültige Beschlüsse fassen, muß es auch die Möglichkeit haben, diese zur Anerkennung zu bringen. Gewiß, demokratisches Gefühl erforderte es ja, daß die Menschen in den Entscheidungen dieser Volksvertretungen einen höheren Willen sehen, dem sie sich freiwillig unterwerfen, ihren eignen Willen aufgeben, Disziplin üben.

Jedoch ebensowenig, wie im Laufe der Geschichte sogenanntes göttliches Gebot allen Menschen als Offenbarung eines höheren Willens erschien, der sie sich alle freiwillig unterordneten, ebensowenig werden alle Menschen die freiwillige Unterordnung unter den vom Parlament ausgesprochenen „Volkswillen“ üben. Energische Minderheiten werden sich widersetzen und nur Feiglinge sich unterordnen.

Die Volksvertretung muß also dann die Kraft haben, den Widerstrebenden ihre Gesetze aufzwingen zu können.

Wohin dies führt? Nun, genau zu denselben Einrichtungen, womit die heutigen Herrscher ihren Willen durchsetzen — zur Polizei, Justiz, dem Militär usw., den Werkzeugen der Herrschaft und Unterdrückung. Man mag es nachher einen anderen Namen geben, das Militär Miliz, die Polizei Sicherheitswache nennen, am Wesen wird dadurch nichts geändert, diese Einrichtungen bleiben die Nachtwächter der — Herrschenden. Denn durch ihre Wahl zum Volksvertreter werden dann auch die Parlamentarier Herrscher. Ein neues Herrschergeschlecht entsteht aus ihnen.

Heute sehen wir ja in unseren demokratischen Arbeiterorganisationen schon den Anfang dazu in der Vetterwirtschaft, die dort in der Beamtenschaft ihr Wesen treibt. Der Sohn des Führers wird wieder Führer, der Sohn des Geführten wieder Geführter und damit — Beherrscher, der zu gehorchen hat und, tut er dies nicht freiwillig, zum Gehorsam gezwungen wird.

Wo bleibt da die Freiheit? Verflogen ist sie wie der Wind! Frei ist das sogenannte Volksganze, dessen Repräsentanten ihre Entscheidungen nach ihrem Willen treffen können. Unfrei aber sind die Volkseinzelnen, die Glieder des Ganzen, die ihre Freiheit aus der Hand geben.

Demokratie und Freiheit sind zwei Begriffe, die sich nicht mit einander vereinigen lassen.

Luigi.

„Der biblische Gott ist ein Vater, der große Stücke auf seine Apfel, dagegen kleine auf seine Kinder hält.“

„Zum Donnerwetter! Was ist das für ein Gott, der einen Gott tötet, um dadurch Gott zu verhöhnern?“

Die Zwecklosigkeit des politischen Massenstreiks.

Während die Sozialdemokratie früher sich dem Gedanken der wirtschaftlichen Massenkämpfe als politischen Machtfaktor entgegenstemmte, hat dieselbe heute auch dieses Kampfmittel als sogenannten „politischen Massenstreik“ in ihr Waffenarsenal aufgenommen.

Allerdings, das ganze Gebahren der führenden Parlamentarier und Gewerkschaftsgrößen zeigt es, daß man nicht mit Lust und Liebe, aus Überzeugung, dem Gedanken denselben sich zuwendet, sondern vielmehr denselben als Verlegenheitsprodukt hinnimmt. Kautzky, spricht dies in Nr. 42 der „Neuen Zeit“ aus, wenn er schreibt: „Man wendet sich demselben zu, nicht aus Siegeszuversicht, sondern aus Verlegenheit.“ Man kann eben den Tatsachen nicht ausweichen, daß der Parlamentarismus sich als zu ohnmächtig erwiesen hat, für die Interessen der Arbeiter in wirksamer Weise einzutreten. Andererseits müssen sie ebenfalls sehen, wie der als Generalunsinn so gehäßte und verlästerte Generalstreik dort, wo er angewendet wird von dem Proletariat, demselben auch Erfolge bringt. So sehen wir denn, wie beim Suchen nach anderen, schärferen Kampfmitteln dem „Generalunsinn“ des wirtschaftlichen Massenkampfes näher getreten wird. Doch mit dem Geist des Parlamentarismus verseucht, können sie nicht zur richtigen Konsequenz, das heißt, zur Abkehr vom Parlamentarismus und zur Annahme des wirtschaftlichen Kampfes als ausschlaggebendes Mittel für den Klassenkampf des Proletariats, gelangen. So erklärt sich die Halbheit derer um die Luxemburg, die den politischen Massenstreik als außerparlamentarische Stütze für den zu schwachen Parlamentarismus bei wichtigen politischen Fragen anwenden wollen. So kommt es zu der noch größeren Halbheit der Jenaerpartei tagsmehrheit, die den politischen Massenstreik nur als Mittel, eine Verschlechterung des Wahlrechts zu verhindern, oder ein besseres zu erkämpfen, in Anwendung bringen will. (Beiläufig bemerkt, kann die Sozialdemokratie nicht anders handeln, sonst würde sie ihre demokratische Grundlage damit aufheben.)

Diesen politischen Massenstreik lehnen wir ohne weiteres ab. Gewiß entspricht die Art des Kampfes unseren Anschauungen, daß die wirtschaftlichen Kämpfe ausschlaggebend sind. Doch dem Zweck des Kampfes können wir nie zustimmen. Man bedenke, das Parlament versagt überall, ob freiestes Wahlrecht oder nicht. Und für diesen untauglichen Parlamentarismus soll die Arbeiterschaft die Opfer eines Generalstreiks auf sich nehmen? Denn daß ein solcher Kampf große Opfer von der Arbeiterschaft erfordert, ist sicher.

Gesetzt den Fall, in Preußen würde durch einen politischen Massenstreik ein freies Wahlrecht erkämpft werden. Die Arbeiter hätten damit ebensowenig die Erfolgsmöglichkeiten für ihren Kampf in der Hand, wie heute. Zu glauben, das gute Reden der größeren Abgeordnetenzahl würde die Regierung eher veranlassen, den Volkswünschen ein geneigtes Ohr zu leihen, ist derselbe Köhlerglaube, den die Gewerkschaftsführer haben, wenn sie vermeinen, durch ihre Überredung den Kapitalisten zum Nachgeben gegen die Arbeiterwünsche bestimmen zu können. Und einem Mehrheitsbeschluss wird die Regierung ebensowenig weichen. Sie wird entweder ohne Parlament regieren oder dasselbe auseinanderjagen. Hat man in Preußen die Konfliktzeit Anfang der sechziger Jahre vergessen, wie die Regierung damals gegen den Willen des Abgeordnetenhauses ihren Willen durchsetzte? Sind nicht die Völker überall um die Frucht ihrer Revolutionen betrogen worden, weil sie durch dieselben sich wohl Verfassungen, Wahlrechte erkämpften, diese Verfassungen aber nur Fetzen Papier waren,

ohne realen Wert, die Wahlrechte nur Seifenblasen einer trügerisch-schillernden Macht, die zerplatzen beim ersten Lufthauch der Reaktion. So geht es auch dem durch einen Massenstreik erkämpften freien Wahlrecht.

Nehmen wir Österreich. Dort hat die Sozialdemokratie durch einen politischen Massenstreik sich das allgemeine Wahlrecht erobert. Und die Folgen? Für die Politiker gute, eine bedeutend größere Anzahl Arbeitervertreter zog in den k. k. Redesalon, Pernstorfer wurde Vicepräsident. Aber nicht für die Arbeiter. Die Militärlasten stiegen, die Verteuerung durch die Zölle desgleichen. Und von Arbeiterforderungen wurde nichts durchgesetzt. So mußte sich der diesjährige Parteitag ebenfalls wiederum mit der Frage anderer, schärferer Kampfmittel (Obstruktion) beschäftigen.

Wenn also auch das freie Wahlrecht durch den Massenstreik erobert würde, so würde es dennoch als Kampfmittel versagen.

So müßte dann wieder ein politischer Massenstreik unternommen werden zur Stütze des Wahlrechts, und dies solange fort bis, nun bis den Arbeitern der ganze Freiheitskampf verkehrt wird. Denn das wird als Folge politischer Massenstreiks der Sozialdemokratie eintreten, daß auch der Generalstreiksgedanke überhaupt bei den Arbeitern in Miskredit gebracht wird.

Dem politischen Massenstreik der Sozialdemokratie um ein Wahlrecht setzen wir unseren Gedanken des Generalstreiks zur Erzwingung von den Arbeitern nützenden Bedingungen entgegen.

Nur durch rücksichtslose Anwendung ihrer Macht im Wirtschaftsleben gegen die Regierungsgewalt ist es der Arbeiterschaft möglich, ihre Interessen wirksam zu vertreten.

Regierungsbanditen!

Aus Spanien kommt wieder ein Notschrei gequälter Gefangenen. Man martert in den Gefängnissen. Wir haben schon in Nr. 6 des „Kampf“ über Gefängnisgräuelt in jenem unglücklichen Land berichtet. Was uns nun zur Kenntnis gelangt, reiht sich würdig den anderen Grausamkeiten an.

So berichtet „El Libertario“, das der Gefängnisdirektor von Burgos, Fernandes Bernabé den Gefangenen Brot schlechtesten Qualität, voller Maden, gab. Als sich die Gefangenen beschwerten, wurden an die 50 derselben in einen abseits von den übrigen Gebäuden gelegenen und „Sibirien“ benannten Kerker gebracht.

Was sich nun in jenem Gebäude zutrug, kann nur den größten Abscheu erwecken. Während der ganzen Nacht wurden die Unglücklichen mit Stockschlägen traktiert, sodaß man ihr Schmerzensgeschrei weithin hörte.

Infolge der erhaltenen Schläge mußten mehrere auf dem Lager während eines vollen Monats liegen bleiben. Als „Heilmittel“, um ihre Wunden einzureiben, erhielten sie nur Salz und Essig. Das Martyrium dieser 50 Menschen dauerte vier Monate, während welcher Zeit ihre Mitgefangenen sich nicht getrauten, für sie etwas zu unternehmen, aus Furcht, genau so behandelt zu werden.

Doch auch Portugal, diese neue Republik kann sich getrost in dieser Beziehung mit seinem Nachbarlande messen. O Intransigente veröffentlicht folgenden Brief:

„Die Kerker, in denen wir sind, tragen die Nr. 6 bis 11. Sie beherbergen alle im Durchschnitt 20 Gefangene. Sie sind schrecklich, im Untergrund des Bodens und ohne Licht. Die Dunkelheit ist fast vollständig. Nur während einer Stunde am Tag können wir durch die Freundlichkeit des Gouverneurs etwas Sonnenlicht genießen. Heute, wo der Doktor Geraldes Leite uns untersuchte, mußten 15 Mann ins Gefängnis gebracht werden, wo mehr als 30 behandelt werden. Wir haben nichts, um unsere Kleider zu wechseln, und tragen noch dieselben Kleider,

die wir anhaben, als wir in Lissabon verhaftet wurden. Wir schlafen ohne Decke auf Strohhalm, unter zwei Tüchern. Während dreißig Stunden leben wir unter dem Boden in einem pestilenzartigen Gestank, der unsere Gesundheit schwer schädigt.“

„Die Rache wird furchtbar sein!“

Revolutionäre

Arbeiter müssen den „Kampf“ unterstützen.

Streikbruch aus Prinzip.

Vom 7. bis 9. November fand in Aarau der Parteitag der Schweizer sozialdemokratischen Partei statt. Seiner Inhaltslosigkeit wegen lohnte es sich an und für sich garnicht, des näheren auf denselben einzugehen. Jedoch es wurde bei der Frage des Generalstreiks eine Resolution angenommen, die kennzeichnend ist für die Solidaritätsauffassung der Sozialdemokratie.

Die beiden ersten Abschnitte sagen:

„1. Der Schweizer Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei der Schweiz lehnen den sogenannten revolutionären Generalstreik ab, das heißt, sie widersetzen sich der Inszenierung von Generalstreiks, die nicht im Punkt 3 vorgesehen sind. Der Generalstreik kann die bisherigen normalen gewerkschaftlichen Aktionen nicht ersetzen.

Sollte wider Erwarten in der Schweiz irgendwo eine derartige Streikaktion propagiert oder inszeniert werden, dann betrachten es die Gewerkschaftsverbände als ihre Pflicht, in Verbindung mit den Vertrauensmännern der politischen Arbeiterorganisation solchen Versuchen entgegenzutreten und nötigenfalls die organisierten Arbeiter direkt aufzufordern, sich an diesen anarcho-syndikalistischen Experimenten in keiner Weise zu beteiligen.“

Eins muß anerkannt werden bei dieser Resolution, nämlich die Offenheit, daß man gegen die revolutionär gesinnten Arbeiter vor einem Streikbruch nicht zurückschrecken wird.

Derartige Streikbrüche der sozialdemokratischen Verbände sind ja schon des öfteren geschehen, so letztens wieder gegen die böhmischen Bergarbeiter, doch wurde dies von uns behauptet, hieß es, das wäre Verläumdung.

Nun erklärt man den Streikbruch offen als Prinzip. Hier gehört sich nur eins: „Niedriger hängen!“

lr.

Genossen! Werbt Abonnenten!
Es ist das geeigneteste Mittel unsere Anschauungen zu verbreiten.

Arbeitersolidarität.

Aus Argentinien wird uns ein prächtig Beispiel praktischer Arbeitersolidarität mitgeteilt.

In Buenos Ayres war der russische Genosse Romanoff verhaftet worden unter dem Verdacht, eine Bombe geworfen zu haben. Da sich seine Unschuld sofort herausstellte, mußte er wieder entlassen werden.

Gleich nach der Entlassung verhaftete man ihn von neuem, um nach Rußland ausgeliefert zu werden. Man hatte die Rechnung aber ohne die internationale Solidarität der Arbeiter gemacht, Als nämlich das Schiff mit dem Gefangenen in Montevideo, der Hauptstadt Uruguays, anlegte, holten die dortigen Arbeiter den Gefangenen vom Schiff herunter und setzten ihn in Freiheit.

Auch in England entrissen die Arbeiter in den letzten Tagen zwei der ihrigen dem

Gefängnis. Cudde, ein Lokomotivführer, war vom Gericht als Verschuldner des Eisenbahnunglücks in Carlisle zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Doch seine Kollegen und Eisenbahner erklärten, sie würden der Generalstreik erklären, sollte man C. nicht auf freien Fuß setzen. Und der Erfolg war, daß C. „begnadigt“ wurde.

Der Dubliner Streikführer Larkins war zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Da auch in diesem Fall ein Solidaritätsstreik drohte, mußte die Regierung auch diesen „begnadigen“.

Was sagen unsere Parlamentarier zu den Erfolgen der direkten Aktion?

Miliz!

Unsere Sozialdemokraten sind ja so große Freunde der Miliz. Nach ihnen ist diese das Ideal einer Heeresverfassung. Gegen die Arbeiterschaft sei dieselbe aber von den Machthabern nicht zu gebrauchen.

Nun hat die Schweiz aber diese herrliche Einrichtung, und was sehen wir da?

Am Grenchenbergtunnel streikten die Arbeiter schon mehrere Wochen. Die Unternehmer waren unbeugsam, ihnen war von vornherein der Schutz des Militärs zugesagt worden. Und am 22. September sandte die Regierung dasselbe gegen die Streikenden, genau wie bei uns.

Und dies geschied in der Schweiz bei jedem größeren Streik. Welchen Nutzen hat denn da die Miliz für die Arbeiter?

Achtung! Genossen! Vortragskursus.

Die vom Genossen Schreyer angekündigte Reihe der Vorträge über die Geschichte der Internationale beginnt Freitag, den 12. Dezember bei Nüsch, Schulterblatt 94. Es sind 6 Vorträge in Aussicht genommen, die alle Freitags stattfinden; Wir bitten die Freunde, sich bald wegen Teilnahme am Kursus beim Genossen Schreyer zu melden.

Wir empfehlen:

„Montjuich“, Die letzte Vision.
Dem Gedächtnis Franzisko Ferrers geweiht.
Bildgröße 48x62. Preis Mk. 1.00

Zum Abonnement empfohlen:

„Der freie Arbeiter“

Anarchistisches Wochenblatt.

Erscheint in Berlin SO. Oranienstr. 187.
Ist auch durch uns zu beziehen.

Sieben erschienen:

KOTZEBUE: Ausbruch der Verzweiflung.
Preis 5 Pfennig. Mehrbezieher Rabatt.

Achtung. Genossen.

In unserem Verlage sind erschienen:
Weshalb wir Anarchisten sind. (Merlino)
Klassenpolitik. (Luigi)
Parlamentarismus u. Arbeiterschaft. (Luigi)
Gott und der Staat. (Bakunin)

Demnächst erscheint:
Politischer Massenstreik oder sozialer Generalstreik? (Luigi)

25 Stück 2 M. 100 Stück 7.50 M.
Einzelnummer 10 Pf., durch die Post 15 Pf.

Alle Geldsendungen sind nur an die persönliche Adresse des Genossen P. Schreyer, Hamburg, Sternstr. 51 k. zu richten.

Alle Briefe, Tauschexemplare usw. sind ebenfalls an die gleiche Adresse zu senden.

Anarchistische Föderation Hamburg

Jeder revolutionäre Arbeiter trete
der anarchistischen Föderation bei.

Obmann: A. Fricke, Hamburg,
Lindenalle 20, Haus 2 pt.

Aufnahmen werden auch in der Redaktion
unseres Blattes entgegen genommen.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Freitag, den 5. Dezember. abends 9 Uhr, bei
Nüsch, Schulterblatt 94.

Tagesordnung: Vortrag, Geschäftliches.
Das Erscheinen aller Genossen wird er-
wartet.

Die Geschäftskommission.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation.

Vom 25. Oktober bis 9. November befand sich
Genosse Schreyer wieder auf einer Agitationstour.
Für den 25. Oktober war eine Versammlung in
Lünen-Süd (Ruhrrevier) vorgesehen. Infolge der
regen Propaganda der Genossen war eine große
Anzahl Bergleute erschienen, um der Versammlung
beizuwohnen.

Leider hatten wir die Rechnung ohne den Wirt,
respektive die Polizei gemacht. Denn 2 Stunden
vor angesetzter Versammlung erhielt der Einberu-
fer derselben vom Wirt die Mitteilung, er gäbe
seinen Saal nicht zur Versammlung. Als Grund?
Die Vereine, die bei ihm verkehren, seien mit
der Versammlung nicht einverstanden. Dies ent-
sprach aber zumindest nicht den Tatsachen, wie
uns die Erschienenen versicherten. Bald merkten
wir aber aus dem Verhalten des Wirtes, wer da-
hinter steckte, nämlich die Polizei.

Nun sollte am 30. Oktober in einem anderen
Lokal die Versammlung stattfinden. Wieder waren
die Vorbereitungen getroffen, und — wieder ver-
geblich. Der Wirt sagte schon einige Tage vorher,
er könnte den Saal nicht hergeben, die Polizei
säße zu sehr hinter ihm her. Die sogenannte „ge-
setzlich garantierte“ Versammlungsfreiheit“ un-
möglich gemacht durch die Polizei! Doch auch
dort wird die Mühe dieser Unternehmerschutzgar-
de vergeblich sein. Sei es auf die eine oder an-
dere Art, wir werden doch die dortigen Arbeiter
mit unseren Ideen vertraut machen.

Am 26. Oktober fand in Krefeld eine öffentliche
Versammlung statt. Gen. S. sprach über: „Politisch-
er Massenstreik oder sozialer Generalsstreik.“
Das nähere ging er auch auf die Ursachen, die
das Erstarken der gelben Bewegung befördern,
mit ein. Denn auch in Krefeld breitet sich diese
moderne Seuche immer mehr und mehr aus.

Am Nachmittag desselben Tages fanden sich in
Essen verschiedene Genossen des Ruhrgebietes
zusammen, um über die Agitation in jenem Bezirk
sich zu vereinbaren. Auch zeigte sich die einmütige
Ansicht, daß es vorteilhafter wäre, wenn die
rheinische Föderation sich der „Anarch. Föderation
Deutschlands“ anschließen würde.

Am 27. Okt. fand in Essen eine öffentl. Versamm-
lung statt mit gleichem Thema wie in Krefeld. Diskus-
sion fand nicht statt, trotzdem ein Redakteur der
„Arbeiterzeitung“ anwesend war. Allerdings, hin-
ternach zu schimpfen ist leichter, als in der Ver-
sammlung Rede und Antwort zu stehen.

In den nächsten Tagen fanden noch verschiede-
ne Besprechungen in einigen Orten statt. Komisch
wirkte es, wie die Polizei verschiedentlich einen
regen Eifer entwickelte, um nicht beabsichtigte
Versammlungen zu verhindern.

In der Versammlung in Düsseldorf am 1. Nov.
waren circa 100 Personen anwesend, um dem
gleichen Thema zu lauschen.

In Mainz war es unmöglich, einen Saal zu be-
kommen, und fand deshalb dort wie in Ludwigs-
haven eine Besprechung mit den Genossen statt.

Zum 5. Nov. war eine Versammlung in Heilbronn
einberufen. 70 Mann waren erschienen, aber nicht
die „Führer“. Die saßen im Gastzimmer und —
schickten das Mädchen herauf zum Abzählen der
Erschienenen.

Eine nette Gesellschaft!

Am folgenden Tage hatten sich in Böckingen
30 Mann eingefunden. Gen. S. sprach ebenfalls

hier über „Politischen Massenstreik oder sozialer
Generalsstreik.“

Zum 7. Nov. hatten die syndikalistischen Metall-
arbeiter Erfurts eine Versammlung einberufen, in
der Genosse S. vor gutbesetzter Saal ebenfalls
über den politischen Massenstreik und sozialen
Generalsstreik sprach. Aufmerksam folgte alles
seinen Ausführungen. Reicher Beifall wie auch
die folgende Diskussion zeigte die Freudigkeit,
mit der unsere Ansichten von der Arbeiterschaft
aufgenommen werden. So wird es immer der Fall
sein, wenn es möglich ist, in sachlich-aufklärender
Weise, gepaart mit ehrlicher Konsequenz, die
nicht vor dem Wort Anarchismus zurückschreckt,
den Arbeitern unsere revolutionären Ideen zu
zeigen.

In der letzten Versammlung, in Hannover am 9.
November waren 90 Mann anwesend. In der Dis-
kussion, die dem gleichen Vortrag folgte, sprach
der Sozialdemokrat Adehold. Der Referent habe
nur Phrasen getroschen. Seine Citate usw. über
die Sozialdemokratie seien nur Verdrehungen, es
sei unwar, daß der Parlamentarismus die Grund-
lage des sozialdemokratischen Kampfes bilde usw.
Eine Diskussion also, wie sie unter anständigen
Menschen nicht sein soll. Gen. S. antwortete ihm
darauf, wenn alles Phrasen gewesen seien, müßte
Adehold doch wenigstens einige nachweisen
können, wie er auch als anständiger Mensch,
bevor er den Vorwurf der Verdrehung und Fäl-
schung erhebt, nachweisen muß, worin die Fäl-
schungen bestehen. Das habe er nicht getan, und
dies kennzeichne seine Ausführungen. Doch solle
er erst mal die Entwicklung der Partei und die
Parteitagprotokolle studieren, damit er nicht so
leichtfertig den Vorwurf der Fälschung erhebe.

Mit dieser Versammlung hatte die Tour ihr
Ende erreicht. Hoffen wir, daß der ausgestreute
Same gut gedeihen möge.

In die Freiheit zurück

kehrt am 17. Nov. der Gen. Kriestedt, der ins-
gesamt sieben Monat in Staatspension verpflegt
wurde.

Was ein internationaler Kongreß sein kann.

Über dieses Thema schreibt der Genosse Pierre
Martin im „Libertaire“:

Viele ausländische Kameraden laden uns ein,
zur Einberufung eines internationalen Kongresses
die Initiative zu ergreifen. Sie behaupten, daß ein
derartiger Kongreß, abgehalten 1914 in Paris, von
großer Wichtigkeit sein werde. Wir glauben auch
dasselbe. Die anarchistischen Ideen gewinnen an
Boden. Sie verbreiten sich mehr und mehr unter
den Völkern. Enttäuscht durch die Politiker, das
Gewicht der kapitalistischen Autorität mit größe-
rem Bewußtsein spürend, manifestieren die Arbei-
ter überall ein wenig ihr Streben nach Freiheit
und Gerechtigkeit. Von Lissabon nach Petersburg,
von Dublin nach Kanton in China, die freiheitliche
Bewegung bekräftigt sich in der ganzen Welt durch
Ausbrüche von Empörungen, durch Versuche der
sozialen Befreiung. Nichts ist also notwendiger,
als zu antworten auf diese Volksbewegungen, die
immer kräftiger sich zeigen werden, je nachdem
wie die Tyrannen sich durch blutige Repressalien
fühlbar machen werden.

Aber was wird der internationale Anarchisten-
Kongreß sein? Seine Wichtigkeit ist eine andere
wie die eines nationalen Kongresses. Die Ideen,
die er behandeln muß, sind allgemeiner, der Be-
reich seiner Arbeiten weit umfassender und sein
Wiederhol weiter durch die Welt erklingend.

Die ernsthaften Fragen, die das Programm des
Kongresses bilden werden, überragen die aus-
schließlichen und verengten Erwägungen der
sogenannten Sozialistenkongresse. Es wird nötig
sein, sehr wichtige Angelegenheiten zu berühren.
Die gewöhnlichen Beschäftigungen der Organisa-
tionen: Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Ar-
beitszeit, Zolltarife, Vereinbarungen der Nationen
über die Versicherungen werden nicht in seinen
Bereich treten. Man wird sich eher mit den großen
Volkskämpfen beschäftigen, die sich entwickeln
werden. Es wird notwendig sein, das Vorschreiten
des Kampfes zu untersuchen. Den Plan des
Ringens festzustellen; die revolutionäre Taktik
zur Geltung zu bringen, um Unruhe in die Reihen
des Feindes zu bringen.

Wir geben ernsthaften Ereignissen entgegen.
Es können stark fühlbare wirtschaftliche Krisen
heraufziehen, die infolge einer übertriebenen
Überproduktion das Elend über große Teile der
Welt heraufbeschwören werden, große Arbeitslo-
sigkeit für Millionen von Proletariern verursachend.
Streiks können aufflammen, sich ausbreiten, sich
generalisieren, die Grenzen überschreiten, und,

indem sie riesigen Zahlen Lohnarbeitere den An-
stoß geben, die Industrien, die das Gesellschafts-
leben interessieren, wie Bergwerke, Transportan-
stalten zu Wasser und zu Lande mit Unbeweg-
lichkeit schlagen.

Endlich kann die Plage eines Krieges sich auf
mehrere Länder niederlassen, die einen Nationen
gegen die anderen tuend, Brand und Blut auf
die in der Entwicklung der Zivilisation am meisten
vorgeschiedendsten Völker werfend. Das sind die
historischen Erscheinungen, die ankommen können
und sicherlich geschehen werden in einer mehr
oder weniger nahen Zeit.

Das sind jene möglichen Katastrophen, die un-
sere Aufmerksamkeit erfordern. Es sind jene Mög-
lichkeiten von Umwälzungen, die unsere Wach-
samkeit erfordern. Es sind alle in die Bewegung
gerissenen Einrichtungen, die uns zwingen, die
Mittel zu untersuchen, die wir anwenden müssen,
um aus den Verhältnissen Nutzen zu ziehen und
dahin zu streben, unser Ideal aufzurichten anstelle
einer Gesellschaftsorganisation, die zusammen-
stürzt.

Wir erwähnen nur einige wichtige Fragen, die
das Objekt eines internationalen Kongresses
werden könnten. Aber wieviele andere Probleme
sind nicht ebenfalls wert, diskutiert, untersucht zu
werden, und verlangen eine Lösung, bevor die
Ereignisse sich entwickeln. Geben wir Obacht,
daß wir nicht überrascht werden.

Wir verlangen daher von unseren ausländischen
Kameraden, daß sie sich schleunigst an die Un-
tersuchung der verschiedenen Fragen machen, die
wert sind, auf die Tagesordnung des internationa-
len Kongresses gesetzt zu werden. Wir werden
unsererseits den Plan besprechen und die besten
Bedingungen ersehen, um ihn durchzuführen.

Die Verfolgungen gegen die Revolutio- näre in Frankreich.

Welchen Wert eine Republik für eine nach der
Freiheit strebende Arbeiterklasse hat, sieht man
so recht an Frankreich. Dort nehmen die Verfol-
gungen gegen die Revolutionäre kein Ende. Die
Justiz unterscheidet sich in nichts von der Klas-
senjustiz in Deutschland.

Am 19. Nov. nimmt der große Prozeß wegen
des „Sou du Soldat“ seinen Anfang. Zum Protest
gegen denselben hat die Pariser Arbeiterschaft
die Arbeitsruhe und die Veranstaltung von Mani-
festationen am Tage des Prozesses beschlossen.
In Untersuchunghaft befinden sich die Genossen
Yvetot, Mark, Hubert, Morin, Guillemin, Batas,
Dalstein, Echeverry, Gauttier, Montaron, Kaud,
Marchand, Giron, Vincent, Labbat, Jacquemin. Die
beiden Letzten wurden am 15. Nov. verurteilt,
Labbat zu 5, Jaquemin auf 15 Monat Gefängnis.

Wegen eines Aufrufs „An das Volk!“ im „Libertaire“
wurde der Genosse Marengue verhaftet.

Unter anderen sind folgende Genossen im Gef-
ängnis: Mournaud (3 Jahre), Boudot (2 Jahre),
Lenoir (13 Monat), Lecoin (9 Jahre), Ruffi (5 Jahre),
Fourcade (5 Jahre), Lanoff (3 Jahre), Parmeland
(2 Jahre), Dr. Liptay (3 Monat), Capmarty (3 Jahre).

Zur Anschaffung empfohlen:

Das
Menschenschlachthaus.

Bilder vom kommenden Krieg.
von Wilhelm Lamzus. Preis 1.00 M.

Ferner empfohlen wir:
Kropotkin: Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschen-
welt (Volksausgabe), brosch. 2,00, geb. 3,00
„ Franz. Revolution 1789-1804 „ 4,00, „ 6,00
„ Wohlstand für Alle, brosch. 1,50
„ Landwirtschaft, Industrie u. Handwerk „ 2,00
Edward Carpenter: Der Freiheit entgegen, 2 Bände 4,00
Gudwin: Was ist das Eigentum? 0,50
Rasmas: Franzisko Ferrer, sein Leben und Werk 1,00
Stirner: Der Einzige und sein Eigentum, brosch. 0,80, geb. 1,20
Mackay: „Sturm“, neue Auflage 1,00

Sämtliche in unserem Verlage nicht erschienenen Sehr ten
werden nur gegen Vorauszahlung des Betrages geliefert.
Bei Beträgen über 3 Mark portofrei.

Oeffentliche Versammlung

Sonntag, den 23. November, 11 Uhr vormittags im
„Kleinen Gewerkschaftshaus“, Borgeschstraße 20.

TAGESORDNUNG:
Politischer Massenstreik oder sozialer
Generalsstreik?

Referent: Genosse Schreyer.

Freie Diskussion.

Zahlreichen Besuch erwartet die
„Anarchistische Föderation Hamburg“.

Verantwortlich für Redaktion und Verlag: Paul
Schreyer, Druck: Fr. Janssen, beide in Hamburg.